



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 141 (1930)

455 (2.10.1930) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-354389](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-354389)

Neue Mannheimer Zeitung

Mannheimer General-Anzeiger

Berlag, Redaktion und Hauptgeschäftsstelle: R 1, 4-6. - Fernsprecher: Sammel-Nummer 24951
Postfach-Ronto Nummer 17390 Karlsruhe. - Telegramm-Adresse: Rema zeit Mannheim

Anzeigenpreise: Im Anzeigenblatt 10 Pf. - 40 die 22 mm breite Colonne; im Restamt 10 Pf. - die 70 mm breite Zeile. - Für im Voraus zu bezahlende Familien- und Gelegenheits-Anzeigen besondere Sätze. - Abzug nach Tarif. - Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben, an besonderen Plätzen und für telefonische Aufträge Extra-Gebühr. - Gerichtsband Mannheim.

Beilagen: Sport der N. M. Z. - Aus der Welt der Technik - Kraftfahrzeug und Verkehr - Die fruchtbare Scholle - Steuer, Gesetz und Recht - Neues vom Film - Mannheimer Frauenzeitung - Für unsere Jugend - Mannheimer Reisezeitung - Mannheimer Vereinszeitung - Aus Zeit und Leben - Mannheimer Musikzeitung

Mittag-Ausgabe

Donnerstag, 2. Oktober 1930

141. Jahrgang - Nr. 455

Die Fertigstellung des Reichshaushalts

Eifrige Arbeit am Etat für 1930, der in 14 Tagen an den Reichsrat gelangt

Und die Notverordnung?

Drahtbericht unseres Berliner Büros
Berlin, 2. Okt.

Die sachlichen Arbeiten zur Fertigstellung des Reichshaushalts sind soweit fortgeschritten, daß damit gerechnet werden kann, den Etat für 1930 in etwa vierzehn Tagen vom Reichsamtverwalter erledigt zu lassen. Der Reichshaushalt wird dann sofort dem Reichsrat zugeleitet werden, der für seine Beratungen etwa vier Wochen Zeit braucht. Infolgedessen ist anzunehmen, daß der Etat in der zweiten Novemberhälfte im Reichstag vorliegen wird.

In Verbindung mit dem Reichshaushalt stehen rund

ein Dutzend Gesetzentwürfe, die durch das Finanzprogramm der Reichsregierung notwendig werden.

Davon müssen einzelne Gesetze ganz neu aufgestellt werden, wie das Gesetz über den Ausgabenplan und über die verstärkte Haushaltskontrolle bei Ländern und Gemeinden. Andere Gesetzentwürfe stellen Änderungen bestehender Gesetze dar, wie der des Beamtenurlaubs-Gesetzes und des Gesetzes über die Vermögens- und Einkommensbesteuerung. Weiter ist notwendig eine Änderung des Umsatzsteuergesetzes. Das Steuervereinfachungsgesetz liegt ja bereits dem Reichstag vor. Etwaige Änderungswünsche können während der Beratungen selbst berücksichtigt werden.

In politischen Kreisen wird noch erörtert, ob die Regierung im Reichstag eine Ausdrucks- und Beratungsüber die Notverordnungen zulassen wird. Es ist zwar von Regierungskreisen eindeutig erklärt worden, daß eine Änderung der Notverordnungen nicht in Frage komme. Doch ist es immerhin möglich, daß einzelne Abgeordnete bereit sind, Änderungen vorzuschlagen, wenn die Gewähr vorhanden ist, daß sich für die Umwandlung der Notverordnungen im Gesetz eine Mehrheit findet.

Wann ist Reichstag?

Drahtbericht unseres Berliner Büros
Berlin, 2. Oktober.

Wir hatten gestern gemeißelt, daß die Reichsregierung beabsichtigt, den Reichstag nicht erst, wie ursprünglich geplant zum 13., sondern bereits für die nächste Woche einzuberufen, um die Einkassierung über das Sanierungsprogramm so schnell wie möglich herbeizuführen. An anderen amtlichen Stellen wird erklärt, daß eine solche Vorverlegung des Einberufungstermins schon aus technischen Gründen nicht möglich sei, weil die Arbeiten zur Umgestaltung des Plenarsitzungslokals bis zum kommenden Montag nicht beendet werden könnten.

Doch die Regierung zum mindesten ersichtlich den Plan erwogen hat, bereits am 8. Oktober vor den Reichstag zu treten, kann nicht bezweifelt werden, da unsere Information aus allererster Quelle stammt. Es wäre nur zu bedauern, wenn das Vorhaben der Regierung an technischen oder bürokratischen Schwierigkeiten scheitern sollte. Die sozialdemokratische Reaktion ist zum Freitag einberufen. Das Preussentabakgesetz wird sich noch in dieser Woche in einer besonderen Sitzung mit dem Regierungsvorstand beschäftigen. Der preussische Ministerpräsident soll eine sachliche Prüfung und Mitarbeit im Reichstag angefordert haben.

* Die Erhöhung des Arbeitslosenbeitrages. Die im Reichsanzeiger veröffentlichte Verordnung über die Erhöhung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung tritt nach Artikel 2 der Verordnung am 8. Oktober 1930 in Kraft.

* Die Stärke des spanischen Heeres. Wie Havas und Madrid berichtet, ist die Stärke des spanischen Heeres für das Jahr 1931 auf 90.000 Mann festgesetzt worden, davon 32.000 Mann spanischer Truppen in Spanien-Marokko und 58.000 Mann in Spanien selbst.

Hindenburg

1847 - Zu seinem 83. Geburtstag - 1930

Keine Schwerzzeit in Deutschland während des Krieges und nach dem Kriege, in der nicht der Name Hindenburg Glaube, Hoffnung und Zuversicht gewesen wäre. Seelenstärkung und Willensaufrechterung. Wie nach dem Wunder von Tannenberg und dem Eintritt in das Amt des Generalfeldmarschalls des Feldherrn in der schier hoffnungslossten Epoche des gewaltigen Ringens, als nach Italien und Rumänien in den Ring unserer Gegner getreten war, und vor Verdun unsere deutsche Manneskraft dahinstreckte, so nach dem Zusammenbruch, als er bei seinen Soldaten und seinem Volke blieb und nach der Übernahme der Reichspräsidentenwürde, die den Ansehensbedürfnissen aufs neue an die Front rief. Immer war er bereit, zu dienen, sich an das Ganze hinzugeben und für die Idee Deutschland sich aufzuopfern. Immer kam das Andenken, die Pflicht, zuerst, blieb sie vorwärts seines Lebens und Schaffens und immer fand er mit seinen Wünschen und Bestrebungen im Schatten seines Jans, das Vorbild und Beispiel war. Bis auf diesen Tag! Ich habe das Heldentum meines Vaterlandes gelesen, bekennt er in den Erinnerungen „Aus meinem Leben“, und glaube nie und nimmermehr, daß es sein Lebensring gewesen ist.“ Denn: Der alte deutsche Geist wird sich wieder durchsetzen, wenn auch erst nach den schweren Kämpfen in dem Glauben von Leben und Verdiensten.

In Rinnern um solche „Anerkennungen“ haben wir auch heute wieder. Wo Bruder gegen den Bruder anbleibt, und viele Reußen in Deutschland meinen, daß nichts wichtiger sei, als den letzten Teufel eines Programms oder, was noch schlimmer ist, einer Phrase zu verteidigen. Wo ernste, harte Arbeit im Jang des Tages wenig geachtet wird, und leichte Lustschlösser vor den Steinrand geleitet sind, in dem

wir mühsam um farge Lebensmöglichkeit ringen. Etwas fürchten und hoffen und sorgen muß der Mensch für den kommenden Morgen.“ Sicher, und Hindenburg selber sagt es in seinen Erinnerungen, daß „Deutschland, das Aufnahme- u. Ausstrahlungszenrum so vieler unerlöschlicher Werte menschlicher Zivilisation u. Kultur, so lange nicht zu Grunde gehen wird, als es den Glauben behält an 'eine große weltgeschichtliche Sendung.'“

Aber: es gilt auch, den Boden für die neue Sendung vorzubereiten; nicht: Verstellung und Kauderwelsch, auf das einmal Ereignis werden kann. Bei dieser Verstellung und Kauderwelsch sind wir. Unter den denkbar ungünstigsten Weiterumständen und Arbeitsmöglichkeiten. Aber das Werk muß getan werden im Glauben an die Ernte, daß einmal aller Nebel verblasen ist, der heute unseren Blick trübt und unseren Mut ersticht. Und daß dann neue Sonnen über einem neuen Reich des Friedens, des



Ausgleichs und eines neuen Glücks leuchten werden. Nie jedoch wird solch Werk werden, wenn nicht vor dem Glauben die nähere Erkenntnis der Forderung des Tages steht: keine Pflicht zu tun. In Hindenburgs Geist und Gedächtnis. Wieviel denn und über den Tag umdrücken. Und Gleichgültigkeit obenan steht. Denn Gleichgültigkeit heißt: „Anlassfertigkeit“, sagt der Marschall. Und die durchläuter den Boden für Unzufriedenheit.

Darum, noch einmal: anpacken, mitschaffen und glauben. Dann wird es werden: trotzdem!

Das ist unser Gedächtnis zum 2. Oktober 1930, dem 83. Geburtstag des Mannes, der uns immerdar, im Krieg und Frieden Beispiel und Vorbild war und bleibt!

Des Kanzlers Glückwunsch an Hindenburg

Drahtbericht unseres Berliner Büros
Berlin, 2. Okt.

Der Reichskanzler hat in nachstehendem Schreiben dem Herrn Reichspräsidenten die Glückwünsche der Reichsregierung zu seinem heutigen 83. Geburtstag übermittelt:

Hochgeehrter Herr Reichspräsident!

Durch die Gnade des Himmels ist es Ihnen vergönnt, heute das 83. Lebensjahr zu vollenden. Ich beehre mich, als Reichskanzler und zugleich namens der Reichsregierung Ihnen zu dem Ehrenfest die aufrichtigsten Glückwünsche darzubringen. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß dem deutschen Volke in Ihnen das Vorbild Ihrer unermüdblichen Pflichttreue noch lange erhalten bleiben möge.

Ich darf am heutigen Tage der großen Verehrung gedenken, die Sie, Herr Reichspräsident, bei der gesamten Bevölkerung unseres Vaterlandes genießen, und die gelegentlich Ihrer Anwesenheit bei den Feiern der endgültigen Befreiung des Rheins und der Pfalz sich ganz besonders zeigte.

Ihr diesjähriger Geburtstag fällt leider in eine Zeit besonders schwieriger politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse Deutschlands. Mit mir vertraut aber Volk und Regierung darauf, daß es unter Ihrer obersten Führung dennoch gelingen wird, die Schwierigkeiten zu überwinden.

Mit verehrungsvollen Empfehlungen verbleibe ich, hochverehrter Herr Reichspräsident, Ihr heiss sehr ergebener
(ges.) Dr. Brüning.

Der Reichspräsident wird heute seinen Geburtstag zurückgezogen in Dietrichsdorf verbringen und erst am Freitag nach München kommen. Er beabsichtigt,

nach den Beisehungsfeierlichkeiten des Prinzen Leopold sich noch für einige Tage Erholung in Dietrichsdorf zu gönnen, voraussichtlich bis nächsten Sonntag.

Die vom Reichspräsidenten gestiftete Stiftung Hindenburg-Spende schüttete anlässlich des Geburtstages ihres Schöpfers und Vorstehenden 425.000 Reichsmark aus. Rund 2300 besonders verdienstvolle Kriegsgenossen und Veteranen wurden mit Stiftungsgaben von je durchschnittlich 200 Mark bedacht.

Wie wir zu vorstehender Mitteilung erfahren, sind im Reich Baden bei der diesmahligen Ausgestaltung 68 Personen mit 18.000 Mark bedacht worden.

Völlig überflüssig

Drahtbericht unseres Berliner Büros
Berlin, 2. Oktober.

Die Not der Zeit hat endlich dazu geführt, mit einer Behörde aufzuräumen, die seit langem vollständig überflüssig ist. Es handelt sich um die Vertretung der Reichsregierung in München, die gegenwärtig der frühere Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Freiherr von Panke, ausübt. Ebenfalls überflüssig wie die Vertretung der Reichsregierung ist auch die Vertretung Preußens in der bayerischen Hauptstadt. Es lang angenommen werden, daß auch die preussische Vertretung in absehbarer Zeit aufgehoben wird, zumal sich auch im preussischen Landtag für einen dahin gehenden Antrag ebenso eine Mehrheit gefunden hat wie für den Antrag, die Reichsgesandtschaft in München aufzuheben.

Bekämpfung jeder Panikstimmung

Drahtbericht unseres Berliner Büros
Berlin, 2. Oktober.

Der Reichsfinanzminister Dietrich hat gestern in einer Rundfunkrede in Berlin das Wirtschaft- und Finanzprogramm der Regierung erläutert und sich bei der Gelegenheit abermals scharf gegen eine Panikstimmung gewandt. In der „D. N. Z.“ legt Dietrich auseinander, worin sich die gegenwärtige Lage von ähnlichen früherer Zeiten unterscheidet, zunächst nämlich dadurch, daß die bestehenden Schwierigkeiten rechteckig erkannt und die Abhilfemaßnahmen in einem Zeitpunkt vorgeschlagen werden, der noch reichlich Raum zum Überlegen und zum Besichtigen erbe, zweitens dadurch, daß die Regierung ihre Karten offen auf den Tisch des deutschen Volkes lege, wobei sie davon ausgehe, daß dieses Vertrauen allein die Rettung aller einschlägigen Elemente Deutschlands gewährleisten könne. Sie könne dies umso leichter, als die augenblickliche Situation nicht von ihr verschuldet, sondern lediglich durch die Wirtschaftskrisis herbeigeführt sei. Das werde durch eine einzige Zahl bewiesen, nämlich durch die 985 Millionen, die als Zuschüsse des Reichs an die Arbeitslosenversicherung für das Etatsjahr 1930 in Rechnung gestellt seien. Dietrich ist der unverfälschten Überzeugung, daß es nur eine Willensfrage sei, ob es gelingen werde, die Schwierigkeiten zu überwinden.

Sozialdemokratische Kampfwut

Drahtbericht unseres Berliner Büros
Berlin, 2. Okt.

Zum ersten Mal nach den Wahlen haben am Dienstag die Funktionäre der sozialdemokratischen Parteiorganisation eine Versammlung abgehalten. Sie soll ziemlich kurzweilig verlaufen sein. Der gewerkschaftliche Aufhäuser proklamierte die oben genannten Forderungen der Sozialdemokratie, namentlich auf sozialem Gebiet. Besonders kürzliche Befall erntete er, als er energische Äußerungen am Reichswahlrecht verlangte. Bemerkenswert war Aufhäusers Eingekündigte: „Wir bejahen den Staat nur soweit, als er Leben und Zukunft des arbeitenden Volkes bejaht.“

Nachdem dann noch ein paar Ausländer geiprohen, hob eine Diskussion an, die an Heftigkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Aus der Versammlung heraus wurde eine außerordentlich scharfe Kritik an der Parteileitung geübt und ein Schlusstrat, der der unerwünschten Debatte ein Ende machen sollte, abgelehnt. So sankte man sich bis nach Mitternacht herum.

In seinem Schlusswort erklärte dann Herr Aufhäuser:

Die Sozialdemokratie werde vom ersten Tag des neuen Reichstages an gegen die Notverordnungen kämpfen und Punkt für Punkt fordern, daß sie gestrichen würden.

Wenn die Fraktion damit keinen Erfolg hätte, würde sie von sich aus ein Misstrauensvotum gegen die Regierung stellen.

Die Berliner Funktionäre zeigten sich allerdings durch besonderen Radikalismus aus, so daß nicht ohne weiteres zu beurteilen ist, inwieweit diese scharfe Abgabe sich mit der Auffassung der Fraktionsmehrheit deckt. Der Vorsitzende Aufhäuser ermunterte dann noch den Reichswehrminister, einen Prosch gegen ihn anzuklagen, damit er Gelegenheit hätte, nachzuweisen, daß allen amtlichen Dokumenten zum Trotz die Beschlüsse der deutschen Reichswehr zur roten Armee noch wie vor weiter beständen.

Straße und Rathaus

Sozialdemokratische Unterstützung kommunistischer Anträge

Drahtbericht unseres Berliner Büros
Berlin, 2. Oktober.

In verschiedenen Berliner Bezirksversammlungen ist es gestern wieder zu kommunalistischen Tumulten gekommen. Im Bezirk Friedrichshagen machten mehrere Tribünenbesucher durch die Vollzei

Mussolini zur Wirtschaftskrisis

Druckung an römischen Vertretern
Rom, 2. Oktober.

Zur Eröffnung des Nationalrates der Korporationen hielt gestern Mussolini die mit größter Spannung erwartete Rede über die gegenwärtige Lage und die künftigen Aufgaben der italienischen Wirtschaft. Mussolini gab im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise einen der schwierigsten Lage in der italienischen Ökonomie zu, äußerte jedoch die bestimmte Zuversicht der faschistischen Regierung, innerhalb drei Jahren den Sanierungsprozess zu vollenden, falls nicht ein unvorhergesehenes Ereignis, wie Krieg eintreffe. Italien, sagte Mussolini hinzu, war, ist und wird in jeder Weise bedroht sein, den Krieg zu verhindern.

Im weiteren Verlauf der Rede erläuterte Mussolini die Unterstützungspolitik zu Gunsten der nationalen Industrie und gewählte in scharfen Ausdrücken die unläutere Spekulation gewisser Volkswirtschaftler, die wie er besonders betonte, die Lebenskraft vermindern.

Die Rede bedeutete offensichtlich eine Kampfanlage gegen die Wirtschaftskorruption und läßt strenge Kontrollmaßnahmen der faschistischen Regierung vorschauen.

Pariser Anbiederungsversuche bei Italien

Druckung unserer Pariser Vertreter
Paris, 2. Oktober.

Nachdem es um die französisch-italienischen Flottenverhandlungen einige Zeit ruhig geworden ist, ergreift der „Petit Parisien“ heute anlässlich des Besuchs eines französischen Schiffes in den Häfen, um sich über das Thema der italienisch-französischen Beziehungen, insbesondere der Handelsbeziehungen, auszutauschen und sich in üblichem recht plumper Form wieder mit den Italienern anzubiederern. Zwischen Frankreich und Italien geht es noch eine Reihe von Problemen zu lösen, so schreibt der „Petit Parisien“, die nicht immer mit den nützlichsten und besten Methoden behandelt wurden. Andererseits bestehen zwischen Italien und Frankreich auf wirtschaftlichem Gebiet große gemeinsame Aussichten. In entgegenkommender Weise bietet der „Petit Parisien“ an, Frankreich könne vielleicht bei dem wirtschaftlichen Ausbau Italiens einen Beweis seiner Solidarität abgeben. Auf diese Weise könne man eine Atmosphäre schaffen, in der die politischen Schwierigkeiten ganz von selbst verschwinden würden.

Die Britische Reichskonferenz

Druckung an Londoner Vertretern
London, 2. Oktober.

Schon am ersten Tage der Britischen Reichskonferenz war es unverkennbar, daß die Vertreter der Dominionen mit überaus ausgeprägten wirtschaftlichen Forderungen nach London gekommen sind und nicht daran denken, sich durch politische und juristische Fragen von ihren Hauptforderungen ablenken zu lassen. Australien und Kanada haben bereits hohe Schutzsteuern eingeführt. Südamerika befindet sich auf dem gleichen Wege, aber es zeigt sich, daß die englische Presse die Lage misverstanden hat, wenn sie von den Dominionen Angebote von Bessermaßnahmen für England erwartet und glaubt, daß man nur solche Versicherungen als Gegenleistung zu geben braucht. Die Reichsmitglieder haben demgegenüber auf dem Standpunkt, daß sie in den letzten zehn Jahren bereits ausreichende Zugewinne an England gemacht haben, die nicht die zureichende Erwidmung von englischer Seite gefunden habe.

Sie aus dem gestrigen Reden der Ministerpräsidenten in der Eröffnungssitzung der Konferenz hervorgeht, wenden sich die überseeischen Reichsmitglieder nicht nur klar gegen die von England angebotene Befreiung von Vorzugszöllen in England, sondern

verlangen entschieden die Ausdehnung des Vorzugszollsystems.

Es war bezeichnend, daß Macdonald in seiner Begrüßungsansprache das Programm der Konferenz so darlegte, daß verfassungsmäßige Fragen zuerst kommen, dann politische Angelegenheiten und erst am Schluß wirtschaftliche Zusammenarbeiten. Jeder einzelne der überseeischen Gäste sollte die Aufgaben in umgekehrter Reihenfolge auf. Hier ergibt sich bereits ein Gegenstand des Konflikts, der die Konferenz mehr und mehr beherrschen wird. Es wird jedoch wohl noch mindestens eine Woche dauern, die zentrale Phase für die wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit der Reichsmitglieder vorzubereiten und erörtert werden. Erst dann wird die Konferenz ihren kritischen Stand erreichen.

Fliegerunfall

Telegraphische Meldung
Paris, 2. Oktober.

Bei den französischen Divisionen in Kontonarie ereignete sich am Mittwoch ein schwerer Fliegerunfall. Ein Militärflugzeug kurz vor dem Ende der Fahrt über die Meeresoberfläche ab und ging unweit von Senet. Einer der Piloten wurde tödlich durch einen Sturzflug zu Tode, kurz vor dem Verlassen der Gegend ab. Ein am Kapsel verbündener zweiter Pilot verlor infolgedessen nicht die Kontrolle über das Flugzeug, das schließlich im letzten Augenblick noch einmal wieder zu landen und in brennendem Zustand auf den Boden zu setzen. Der mutige Pilot kam mit einigen Knochenbrüchen davon.

Die Hundertjahrfeier der Berliner Museen

In der allen Auln der Berliner Universität fand der Besatz anlässlich der Hundertjahrfeier der Berliner Museen statt. Einer Fülle von sich jährliche Musikanten und Konzerte bis Ausland in Berlin eingeladen haben, gewiß ein ehrenreiches Zeichen für den Ruf, den die deutsche Museumstechnik im Ausland genießt.

Nach einer musikalischen Einleitung der Operette zu „Die Adipositas in Aulis“, die unter Generalmusikdirektor Hempfers Leitung zum Vortrag gebracht wurde, eröffnete der Generaldirektor der staatlichen Museen, Prof. Dr. Wachholdt, das Wort. Er begrüßte zunächst die Ehrengäste, insbesondere die Vertreter der Reichsregierung, des Reichspräsidenten, der preussischen Staatsregierung, des Preussischen Landtags und des Abgeordnetenhauses, sowie der Stadt Berlin. Mit besonderer Genugtuung verzeichnete der Redner die Tatsache, daß heute ausländische Gäste erschienen seien. Schon in der Vorgeschichte der Museen, so führte Generaldirektor Wachholdt aus, prägen sich als Nucleus aus die pädagogische und die wissenschaftliche Arbeit. Die preussischen Schöpfer waren bereits unter Friedrich dem Großen bis zu einem gewissen Grade musikalisch tätig. Einzelne Künstler durften die Kunstwerke studieren und kopieren.

Es ist das Verdienst Friedrich Wilhelms II., bereits im Jahre 1897 den Auftrag erteilt zu haben, eine Kommission der für ein Museum geeigneten Kunstwerke aus dem Besitz der Schloß zu treffen. Graf Hatz legte schon ein Jahr später einen Museumsplan vor, der Elemente wissenschaftlichen Denkens mit dem pädagogischen Bedürfnissen der Akademie verknüpfte. In die eigenartige Gründungsphase trat die Kaiserin Elisabeth, die den Orden III. über vom 2. März 1899, die den Orden III. in Berlin eine öffentliche „antiquarische Sammlungen“ ansetzte.

Das Museum geistigen Ansehens der Berliner Museen ist Humboldt geworden. Seine staatsmännischen Taten, den Anteil an der Gründung der Universität Berlin und an der Einleitung unserer Museen zeigen die Verknüpfung der Staatsidee

Telegraphische Meldung
Reims, 1. Okt.

Nach der Mitteilung vom Reichsamt Ramecke-Berlin, der Verteidiger Ludin in Hochverratsprozess, das Wort. Er stellte fest, daß der Konflikt der jungen Offiziere liegt in dem Satz war: Die Reichswehr ist das Instrument der Regierung. Da die Reichsregierung des Vertrauens des Parlaments bedürftig, könne man Reichsregierung gleiches mit parlamentarischer Weisheit. Sei eine solche parlamentarische Weisheit positiv eingestellt, so sei der Geist der Regierung den Aufgaben der Wehrmacht diametral entgegengesetzt. Von Seiten der Regierung sei nichts getrieben, den Vorstoß zu bücken oder auch nur die Angehörigen der Wehrmacht vor den Angriffen von links zu schützen. Demgegenüber hätten die jungen Offiziere die Aufgabe vor sich gesehen, eine Ausnahme aus Volk wieder herbeizuführen. Es sei nicht verwunderlich, wenn die Offiziere sich im Ernst mit dem Gewissenskonflikt auseinandersetzen hätten, unter Umständen auf ihre Volksgenossen von rechts oder links schließen zu müssen; denn der Soldat sei keine bloße Maschine, sondern ein Mensch mit Geist und Blut.

Die Angeklagten hätten nur eine Sehnsucht gehabt, die sich verlor in den Worten: Mein Volk! Und sie seien erfüllt gewesen von dem heißen Bestreben, das Volk wieder freizumachen und ihm seine alte Stellung zu verschaffen. Man müsse doch auch berücksichtigen, daß die Wehrmacht alle von juristisch nicht vorgedachten Offizieren geführt worden seien. Alle Jungen hätten unter Eid versichert, daß weder von einem demnachgehenden Vorkauf noch von einem solchen in fernem Sicht die Rede gewesen sei. Ludin habe auch niemals für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei geworben, die der Reichsamt heute trotz aller Gegenüberstellungen nicht als illegale bezeichnet habe. Nach der einschlägigen Rechtsprechung des Reichsgerichts ist eine revolutionäre Propaganda an sich noch nicht strafbar, sie werde erst in dem Augenblick, in dem sie diese Propaganda einzeln für ein Unternehmen, das hochverräterische Ziele verfolge,

Dann könne aber nach der unter Eid erfolgten Aussage Ollers, jedenfalls bezüglich der RSDAP, keine Rede sein. Was abgesehen, sei nicht strafrechtlich zu verfolgen, sondern lediglich disziplinarisch zu ahnden. Sein Antrag laute deshalb auf Freisprechung Ludin und dessen sonstige Parteimitglieder.

Hauptmann und Regimentsadjutant Weinbel
Lehte sich als militärischer Beobachter für die Angeklagten ein. Es gibt, so legte er dar, kaum einen treueren, erfrater denkenden und sich selbst mehr in den Hintergrund stellenden Offizier als Ludin, der von seinen Kameraden Blumen- und Kartengrüße sowie andere Beweise in die Befangenheitsbestimmungen hat. Auch Scheringer erweist sich trotz seiner etwas rauhen Art gleichfalls der größten Verschämung. Hauptmann Weinbel vertrat die Auffassung, daß man auch in einer Vernehmung der militärischen Zeugen des Untersuchungs- und Aufklärungsbüros der Angeklagten nicht die Dignität der Wehrmacht und der Erregung von Mißgunstigen gefahren müsse, weil die Angeklagten nicht eine der Dignität entsprechende Haltung in der Truppe einbringen würden, sondern überall Gespöche der gleichen Art, wie sie bei ihnen vorhanden gewesen seien, vorkommen. Er beantragte Freisprechung in strafrechtlicher Hinsicht und Verweisung der Sache auf den Disziplinarweg.

Der morgige Tag soll das Plaidoyer des letzten Verteidigers, Reichsanwalt Dr. End, die Replik des Reichsanwalts und die Schlussworte der Angeklagten bringen. — Wie der Vorbericht betonte, muß der Reichstag am 11. Oktober die Freisprechung des Reichsanwalts, die am 10. Oktober verhandelt werden wird.

Größener
* Bonn, 2. Okt. In der Nacht am 1. Oktober wurde gegen 10 Uhr Größener in der Papierfabrik Heller, Weyerhase 24, gemeldet. Der Brand hat das Papierlager und einen Teil des Fabrikgebäudes zerstört.

Der Skandal um Böß

Druckbericht unserer Berliner Büro
Berlin, 2. Oktober.

Das Urteil gegen den Bürgermeister Böß, das im Grunde ja auf eine Freisprechung herauskommt, hat allerdings lebhafteste Ueberraschung hervorgerufen, obwohl bereits gewisse Anzeichen darauf hindeuten, daß die sehr eifrig betriebene Entlastungskampagne für den Oberbürgermeister nicht ohne Erfolg bleiben würde. Da die Verhandlung hinter Verheimlichung verschlossen ist, ist es natürlich schwer, sich über die näheren Gründe, die das Gericht zu einem so fast von dem ersten Instanzlichen Urteil abweichenden Spruch veranlaßt haben, auf Vermutungen angewiesen. Es müssen ja wohl Momente vorgelegen haben, die einen solchen Wandel der Auffassung bedingten.

Zunächst sind im Untersuchungsausschuß des preussischen Landtags neue Anklagen gegen Böß erhoben worden, gegen die er sich noch zu rechtfertigen haben wird. Man erwartet die Wahlfreiheit, daß der Auspruch die Äkten, auf Grund deren der Oberverwaltungsgericht seine Entscheidung fällte, anfordert, um die Schuldfrage zu klären. Auf jeden Fall ist das jetzt ergangene Urteil endgültig und rechtskräftig, da es in derartigen Disziplinärverfahren keine höhere Instanz mehr gibt.

Die Wahl eines neuen Oberbürgermeisters wird vor dem 1. Februar 1931 nicht erfolgen können, denn, wenn Böß am 1. November im Besitz seiner Funktionen geblieben wäre, dann hätte der Rat ihn, so nicht er nach dem Kommunalgesetz noch drei Monate im Amt. Die Wahl seines Nachfolgers kann also frühestens am 1. Januar 1931 erfolgen.

Der Berliner Magistrat hat es für geschmackvoll gehalten, dem Oberbürgermeister Böß in einem Telegramm seine Genehmigung über die Abänderung des Urteils des Bezirkslandshofes anzudeuten.

Sie wollte man einen Delegierten zu Herrn Böß schicken, um ihn zu dem Ausgang seines Disziplinärverfahrens zu begleiten. Dann entschied man sich für das Quäntchen-Telegramm. Wegen der Weisung haben die Deputationen bestimmt, Bürgermeister Scholz war in der Sitzung nicht anwesend.

So erwidert es sein mag, daß die Aufklärung gegen Böß bis zu einem gewissen Grade als übertrieben herausgestellt haben, so ist natürlich doch kein Kalch vorhanden, aus Herrn Böß einen Mäurer zu machen und ihm Vorbeurteilungen zu widmen. In der Berliner Bevölkerung wird man jedenfalls für diesen Schritt des Berliner Magistrats, der bekanntlich in seiner Würde und Soziale Demokratie besteht, wenig Verständnis haben, denn das eine bleibt auf jeden Fall bestehen, daß unter dem Regime des Oberbürgermeisters Böß sich in Berlin ein Korruptionssystem hat ausbreiten können, das den Ruf der Reichshauptstadt auf die Werkzeuge gefährdet hat.

Die „Germania“ weist darauf hin, daß die vom Oberverwaltungsgericht verhängte Geldbuße psychologisch betrachtet als geringe Strafe wirkt, praktisch gesehen aber in der Tat für die „Germania“ (Warnung, Rüge, Beweis, Weib, Kraft, Denkmalssetzung) eine nicht unerhebliche Scharfe bedeute.

Zwei Tote, drei Schwerverletzte bei einem Autounfall

— Genh, 2. Okt. Eine Anzahl Schauspieler, die bisher am Stadttheater in Düsseldorf beschäftigt waren, befand sich gestern mit dem Auto auf der Fahrt nach Berlin, um dort ihr neues Engagement anzutreten. Vor dem Dorf Pöthen fuhr das Auto aus nicht bekannter Ursache so heftig gegen einen Postkroffwagen mit Anhänger, daß es in Stücke zerfiel wurde. Die Schauspieler Dannhoffer und Niedermeier wurden auf der Stelle getötet. Die Damen Maria Schindel, Katharina Klunz und Emma Schmitt wurden so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten.

dann müssen sich alle, denen die Sache der Museen eine Angelegenheit des Kulturlebens ist, auf die Aufgabe besinnen, daß künftig ein großer Teil der Energie und der schließlichen Kraft freigesetzt wird für die Erziehung der Gesamtheit unseres Volkes zur Kunst und damit zur geistigen Volkserhebung. Es muß wiederholend, es ist eine Vorklammern für die künftige Kulturpolitik überhaupt und für den Stand der staatlichen Museen im besonderen, daß es gelang, den Sinn aller Schichten unseres Volkes für die Welt der künstlerischen Werte zu reizen und in der aller Rühr immer wieder bevorstehenden Sehnsucht nach dieser Welt gerecht zu werden, die der zuverlässige Garant dafür ist, daß nicht doch immer wieder in einzelnen Menschen wie im ganzen Volke die Sorge für die Materie verdrängt wird von dem eiferbereiten Willen für den Geist.

Festvorstellung in der Berliner Staatsoper

Berlin, 2. Oktober.

Die preussische Staatsregierung hatte zur 100-Jahrfeier der staatlichen Museen ihre Höhe zu einer Aufführung des „Königskavaliers“ geladen. Es war ein eigenartiger harter Einbruch, Dunderle von Gelehrten, Museumsleuten und Kunstfreunden aus Deutschland und der ganzen Welt anlässlich dieser feierlichen Oper vorzuführen in sehen. Der preussische Kultusminister und Reichsminister Herr von Helldorf waren neben einer Anzahl Vertreter der Regierung und der Behörden anwesend. Die Aufführung in der Inszenierung von Otto Schilling und unter der musikalischen Leitung von Max von Schilling fand harten Erfolg.

Das Nationaltheater tritt mit heute abend gelangt das Kuppel, Gates sein dagegen sehr von Carpentier zur Eröffnung. In der am Samstag stattfindenden Eröffnungsführung von Buland „Luzifer“ hat die Schloß die Teilpartie, Helmut Reuberger den König, Wilhelm Reuberger den Knecht, Frau Reuberger die Adina, Christian Reuberger den König, die Herren Reuberger, Frau und Gotha die Goldweiber, Marianne Keller die Adina. — Die Eröffnungsführung des anlässlich der Eröffnungsführung sammelten „König Schilling“ ist mit Ludow de Velas belegt, keiner wirken mit die Damen Dembl, Rebe, Keller, Van-

derich, Meiner und die Herren Reuberger, Friedmann, Reuter, Weig, Köster, Rang, Voß, Jäger und Scheyer.

Statistik der deutschen Kunstvereine

Gelegentlich der Anfangs Oktober in Greer stattfindenden Hauptversammlung des Verbandes Deutscher Kunstvereine ist eine interessante Statistik erschienen über die Leistungen, Mitgliederzahl der Kunstvereine. Für den Raum Süddeutschlands, dem die Kunstvereine Braunschweig, Darmstadt, Frankfurt a. M., Freiburg, Gießen, Heidelberg, Hildesheim, Karlsruhe, Regensburg, Mannheim und Stuttgart angehören, ergibt sich a. D. die Tatsache, daß infolge des im Jahre 1929 für Kunstausstellungen, für Verlosungsausweise usw. nahezu 4 Millionen Mark aufgegeben wurden und daß momentlich durch die Verlosungsausweise des künftigen Jahres eine wesentliche Hilfe in dieser schweren Zeit geboten werden konnte.

Die Einnahmen an Mitgliederbeiträgen, Eintrittsgeldern usw. wurden hierbei fast restlos eingesetzt. Allerdings ist die betrübliche Tatsache zu verzeichnen, daß, mit drei kleinen Ausnahmen, alle Kunstvereine einen nicht unbedeutenden Rückgang der Mitgliederzahl zu verzeichnen haben.

Interessant ist auch die Tatsache über das Verhältnis von Einwohnerzahl und Mitgliederzahl in den einzelnen Städten. Der höchste Anteil hatten die Städte Karlsruhe, Regensburg mit über 1000 Mitgliedern und München mit etwa 11 bei je 1000 Einwohnern. An zweiter Stelle steht Heidelberg mit 85 bei je 1000, dann Mannheim mit 80 bei je 1000, wobei sogar noch zu bemerken ist, daß ein Teil der Mitglieder des Mannheimer Kunstvereins in Mannheim nicht an niedrigerer Stelle liegt.

Günstig sind auch die Verhältnisse in Bruchsal und Heilbronn mit je 10 auf je 1000. Insbesondere sind in den Kunstvereinen fast 14 000 Mitglieder vertreten, darunter in Stuttgart allein 4000. Wenn auch der Preis für die Mitglieder der künftigen Kunst für Mannheim von ausfallenden Bedeutung ist, so ist doch bemerkenswert, daß die künftige Kunst der Mannheimer Kunstvereine durch die Bürgerkraft, durch die Kunstfreunde nicht härter unterdrückt wird.

Was der Hausbesitzer wissen muß!

Zwei Vorträge über aktuelle Themen

Die am 29. September im Friedrichspark abgehaltene Versammlung erfreute sich eines sehr guten Besuchs. Nach der Begrüßung der Erscheinenden durch den Vorsitzenden v. Au sprach

Rechtsanwalt Dr. Weingart

über das Aufwertungs-Gesetz. Am 14. Juli 1930 hat der Reichstag im Plenum das von allen Wirtschaftskreisen dringend geforderte Aufwertungs-Gesetz verabschiedet. Mit der Annahme dieses Gesetzes ist endgültig der Schicksal in der Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Realcredit festgelegt worden. Die Verabschiedung dieses Aufwertungs-Gesetzes wurde um so notwendiger und dringender, als der Fälligkeitstermin des 1. Januar 1932 bedrohlich näher rückte. Der jahrelange Kampf ist endlich von den Schuldnergruppen gewonnen worden, wenigstens zum größten Teil. Alle Gefahren sind damit noch nicht beseitigt. Jetzt aber, nachdem das Aufwertungs-Gesetz die notwendige rechtliche Grundlage geschaffen hat, gilt es, auch tatsächlich mit der Durchführung der Umwandlungsaktion zu beginnen, d. h. die

allgemeine Ueberführung der Aufwertungs-Gesetzes in normale privatrechtliche Zwangshypotheken

vorzunehmen und die dazu notwendigen Verhandlungen mit den Gläubigern aufzunehmen; denn man wolle so rasch wie möglich die Zwangsgesetzgebung im Hypothekensystem beseitigen.

Es sei nicht leicht gewesen, die maßgebenden Stellen von den notwendigen Belangen des Haus- und Grundbesitzers zu überzeugen. Es hat viel Aufklärungsarbeit und unzählige Verhandlungen, Besprechungen und Vorträge gekostet, ehe man so weit war, daß ein Aufwertungs-Gesetz von der Regierung vorgelegt wurde. Das vor allem auch eine den tatsächlichen Verhältnissen angemessene Regelung für die Umwandlung getroffen hat, die der Lage des Schuldners und Gläubigers und insbesondere auch der Lage des Realcreditmarktes Rechnung trägt. Wenn auch Reichstag und Reichsrat in einigen Bestimmungen einseitig gläubigerfreundliche Abänderungen vorgenommen haben, so ist das Aufwertungs-Gesetz in der jetzt beschlossenen Fassung dennoch die geeignete Grundlage für die notwendige Umwandlungsregelung, die sich ohne gesetzliche Bestimmungen nicht durchführen läßt. Die Staatliche bleibt immer noch eine Umwandlung auf der Grundlage privater Vereinbarungen zwischen Gläubiger und Schuldner unter Zugrundelegung des Aufwertungs-Gesetzes.

Die Erhöhung des Zinsfußes von 5 v. H. auf einen den normalen Zinsfuß des Realcreditmarktes angepaßten Hundertsatz, den die Reichsregierung bestimmen soll und der höchstwahrscheinlich auf 7-8 v. H. festgesetzt werden wird, ist ohne Zweifel eine geeignete Basis, um den Gläubiger zu veranlassen, seine Vereinbarungen mit dem Schuldner über ein Verbleiben bzw. eine Umwandlung seiner Aufwertungs-Hypothek zu treffen. Da das Aufwertungs-Gesetz am 1. Oktober 1930 in Kraft tritt, so wird es höchste Zeit, daß die Reichsregierung nun auch unverzüglich mit dem zu erwartenden erhöhten Zinsfuß herauskommt und diesen endgültig festsetzt; denn in diesem Herbst werden aller Voraussicht nach die Umwandlungsverhandlungen bereits in großem Umfang eingeleitet. Daß der Grundbesitzer für die Zinsserhöhung einen Ausgleich erhalten muß, ist gar keine Frage.

Im Anschluß an diese Ausführungen behandelte der Referent ein weiteres wichtiges Aufwertungs-Gesetz: Das Gesetz über die Vereinigung der Grundbesitzer. Der Eigentümer eines Hauses hatte nach § 7 des Aufwertungs-Gesetzes das Recht, nach der ersten bzw. nach der zweiten und dritten Aufwertungs-Hypothek, soweit diese noch in-

nerhalb der mündelbaren Grenze liegen, sich eine neue Hypothek in der gleichen Höhe wie die jeweils vorangegangene Aufwertungs-Hypothek ins Grundbuch eintragen zu lassen. Dieses Recht erlischt nun mit dem 31. März 1931. Auch die übrigen Bestimmungen dieses Gesetzes wurden von dem Referenten erläutert.

Landesverbandssyndikus Dr. Dierle-Karlbrähe referierte über die Erhöhung der Gebäude-sondersteuer. Bei einem kurzen Rückblick auf die am 17. April d. J. vom badischen Landtag durch Sozialdemokratie und Zentrum beschlossene Erhöhung bemerkte der Redner, der Sozialdemokratie könne man es ja schließlich nicht übel nehmen, wenn sie den Hausbesitz heranzöge, weil sie eigentlich selbständig eingestuft sei, aber die Hauptlast habe das Zentrum. Nach scharfen Worten gegen die Regierung besprach der Redner die Verordnung des Finanzministers, der zu entnehmen ist:

Die erhöhte Gebäude-sondersteuer wird von allen Gebäuden, für die bisher monatlich 18 Pfg. bezam, wenn sie vorwiegend zu eigenen gewerblichen Zwecken benutzt werden, 14 Pfg. für je 100 RM. Vorkriegssteuerwert zu zahlen werden und bei denen die Friedensmiete 6,1 Prozent oder mehr des Vorkriegssteuerwertes betrage, erhoben. Die Steuererhöhung trifft also nicht die Hausbesitzer, deren Häuser eine Friedensmiete von weniger als 6,1 Prozent ihres Vorkriegssteuerwertes, mit dem sie zur Gebäude-sondersteuer veranlagt sind, eingeträgt haben. Ferner fallen unter diese Erhöhung nicht die Häuser, die am 31. Dezember 1928 nicht oder höchstens bis zu 50 Prozent ihres Vorkriegssteuerwertes mit Hypotheken belastet waren und deren Eigentümer daher eine Ermäßigung der Gebäude-sondersteuer im Monat auf 5,75, 10 oder 15 Pfg. von je 100 RM. Gebäude-sondersteuer zu verlangen haben, es sei denn, daß der letzte Eigentümer das Haus in der Zeit vom 1. Januar 1929 bis zum 15. November 1929 erworben hat. Die in einem 100-Satz des Steuerwertes bemessene Friedensmiete wird, soweit sie 6 Prozent des Steuerwertes übersteigt, auf volle Zehntel nach unten abgerundet.

Diese Erhöhung der Gebäude-sondersteuer soll das Gegenstück sein zu der bisherigen Ermäßigung auf § 8, Abs. 1, Ziffer 2 des Gebäude-sondersteuer-Gesetzes. In Wirklichkeit greift sie aber viel weiter, als der § 8 Ermäßigungen einräumt. Die Ermäßigungen beziehen sich nämlich nur auf zwangsbewirtschaftete Gebäude, ferner ausschließlich auf solche, die ganz oder teilweise verrentet sind.

Die Erhöhung dagegen bezieht sich nicht allein auf die zwangsbewirtschafteten, sondern auch auf die von der Zwangswirtschaft befreiten Gebäude.

Zur Errechnung der erhöhten Gebäude-sondersteuer ist auszugehen von der Friedensmiete. In dem Erlaß selbst ist nicht ganz eindeutig ausgesprochen, was unter Friedensmiete verstanden wird. Unter Absatz 1, Ziffer 2 wird zwar ausgesprochen, daß die Friedensmiete die Miete zu gelten hat, die für die mit dem 1. Juli 1924 beginnende Mietzeit vereinbart oder nach den Bestimmungen des Mietmitemengesetzes vom 24. März 1922 in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Februar 1928 festgesetzt war. Zugunsten, also Mieterhöhungen seit dem 1. 7. 1924, sollen ausgenommen sein. Im Rückblick hat jedoch der Erlaß, daß dieser Standpunkt zweifelhaft sein kann. Für uns ist nicht zweifelhaft, was Friedensmiete ist. Das Reichsgesetz über den Geldwertverhältnisausgleich bei bebauten Grundstücken legt deutlich, daß die Friedensmiete der Goldmarksetzung gilt, der für die mit dem 1. 7. 1924 beginnende Mietzeit vereinbart war. Danach kann es nicht mehr zweifelhaft sein, daß die heutige Miete zur Errechnung der erhöhten

Gebäude-sondersteuer nicht in Frage kommen kann. Maßgebend allein hierfür ist die am 1. 7. 1924 vereinbarte Miete.

Besonders einschneidend ist die im Erlaß enthaltene Bestimmung, wonach Wertberichtigungen bzw. Wertveränderungen eines Gebäudes in verschiedener Hinsicht eintreten können. Als solche sind u. a. zu betrachten Veränderungen der Größe, Beschaffenheit und Nutzung des Gebäudes gegenüber dem 1. April 14, bei Veränderungen der Größe und der Beschaffenheit des Gebäudes jedoch nur, wenn es sich nicht um Wertveränderungen durch solche Um- und Einbauten handelt, die gebäude-sondersteuerfrei sind. Als Wertberichtigungen sollen weiter gelten Wertveränderungen nach oben und unten, die sich ohne solche Veränderungen von Größe und Beschaffenheit und Nutzung der Gebäude lediglich aus Wertberichtigungen nach dem Stand der Wertverhältnisse vom 1. April 1924 infolge Wertveränderungen aus totalwirtschaftlichen Gründen ergeben. Danach ist den Städten aus dem Erlaß in die Hand gegeben, zu beantragen, daß

Gebäude neu einschätzen

werden und zwar aus dem zweifachen Grunde: einmal, weil der Wert eines Gebäudes gestiegen ist durch Verbesserung und dann, weil die Lage den Wert eines Gebäudes erhöht hat. Sollten von den Städten solche Anträge gestellt werden, so wird der Hausbesitz ihnen schließlich Widerstand entgegenzusetzen und auch überall dort eine Reueinstellung beantragen, wo der Wert der Gebäude infolge Verschlechterung der Lage gesunken ist.

Ueber das Veranlagungsverfahren selbst ist nicht viel zu sagen. Die Bestimmungen sind im Erlaß ausgedrückt. Der Vorzug wäre nur, daß im äußersten Falle, wenn die Friedensmiete nicht festgesetzt werden kann, auch die im Gebäude wohnenden Mieter von den Städten im Ausnahmefalle angegangen werden können.

Nach diesen Ausführungen wurde in eine Besprechung beider Häuser einbezogen, verschiedene Anfragen erledigt und zum schließlichen Kampfe um die Hausbesitzerrechte aufgerufen. Der Vorsitzende ersuchte die Versammlungsmitglieder nochmals, geschlossen zu bleiben, um dem dunklen Weipen, das nicht nur den Hausbesitz, sondern die ganze Wirtschaft bedroht, entgegenzutreten zu können. Nach Besprechung einiger kommunaler Angelegenheiten, wie Straßeneinbaukosten, Eingemeindungsanträge, die eine Nachtragsumlage bringen werde, wurde die Versammlung geschlossen.

Zur Einverleibung von Friedriehsfeld und Seckenheim

Der „Staatsanzeiger“ enthält folgende Bekanntmachung des Ministers des Innern: Mit Entschluß vom 20. September 1930 wurden die übereinstimmenden Beschlüsse der Stadt Mannheim, der Stadtgemeinde Friedriehsfeld und der Gemeinde Seckenheim mit der Stadt Mannheim zu einer einfachen Gemeinde mit Wirkung vom 1. Oktober 1930 auf Grund des § 4, Absatz 1 G. G. genehmigt.

* Start des Wasserfliegens. Das Wasserfliegen 1930 war gestern morgen der Anziehungspunkt für viele hundert Menschen. Gegen zwei Uhr mittags erfolgte ein Start von der Sandbank auf der Ludwigshafener Seite. Das Flugzeug freiste aber Ludwigshafen, um dann noch einmal auf dem Rhein niederzugesinken. Kurz vor halb drei Uhr erfolgte der zweite Start. Ohne Zwischenfälle erob sich das Flugzeug und verschwand in Richtung Worms.

Kraftwagenlinien der Reichspost

Auf den unter dieser Ueberschrift in Nr. 400 vom öffentlichen Artikel erhalten wir von der Oberpostdirektion Speyer folgende Erwiderung: Das Städt. Nachrichtenamt hat vor einigen Tagen in der Presse die Behauptung aufgestellt, die Deutsche Reichspost habe sich nicht geteilt, das Einnahmenergebnis der Rhein-Quarzbahn dadurch zu beeinträchtigen, daß sie zum Dürkheimer Markt Markt ummittelbar neben dieser Bahn einen Kraftpostbetrieb nach Bad Dürkheim einrichtete, wodurch sie die Rhein-Quarzbahn „um einen ganz erheblichen Betrag“ geschädigt habe.

Dieser Vorwurf enthält zudem die inneren Verhältnisse. Seit Jahren war zu beobachten, daß die Rhein-Quarzbahn den gewaltigen Personenverkehr an den Tagen des Dürkheimer Marktes nicht völlig bewältigen konnte. Unter der unzulänglichen Beförderungsmöglichkeit hatten insbesondere die Bewohner der Poststation von Dürkheim bis Bad Dürkheim zu leiden, da die Rhein-Quarzbahnzüge schon in Ludwigshafen a. Rh. oder spätestens in Dürkheim voll besetzt waren. Diesem Uebelstand sollte ein Kraftpostverkehr abhelfen. Da aber neuer infolge der allgemeinen sinkenden Wirtschaftslage der Versuch des Dürkheimer Marktmarktes bedeutend schwieriger war als in den Vorjahren, war es diesmal der Rhein-Quarzbahn möglich, den Verkehr zu bewältigen. Die beförderte nach Zeitungsberichten während des Marktmarktes 45 000 Personen. Die Deutsche Reichspost dagegen fuhr nur am Samstag, 18. September eine Kraftpostlinie nach Bad Dürkheim aus und am Sonntag, 19. September, zwei Fahrten. An den übrigen Tagen verkehrten überhaupt keine Wagen. Mit diesen drei Fahrten konnten insgesamt 120 Personen befördert werden. Es ist unerklärlich, wie hier das Städt. Nachrichtenamt Mannheim behaupten kann, daß die Reichspost einen Teil des Verkehrs an sich ziehen und die Rhein-Quarzbahn „um einen ganz erheblichen Betrag“ schädigen konnte.

Der Preis von 1,35 A für die einfache Fahrt war schon von Anfang an festgelegt. Er entsprach dem von anderen Kraftbetrieben verlangten Preis. Der Preis von 1,25 A war verkehrtlich von dem Vertreter eines Verkehrsangelegenen angegeben worden, der Vorschriften für Plätze in den Kraftpostwagen entgegennahm.

* Gültigkeit der Sonntagsrückfahrkarten zur Rückfahrt an Samstagen. Die bereits angeforderte Gültigkeit der Sonntagsrückfahrkarten zur Rückfahrt an Samstagen über am Tage vor einem Festtage tritt am 4. Oktober in Kraft.

* In der Schloßerei schwer verletzt. In einem Großbetrieb auf dem Balhof lag sich gestern ein Rodelfahrer an Sandhufen eine so schwere Rückenverletzung zu, daß er mit dem Sanitätsauto dem Krankenhaus zugeführt werden mußte.

* Radfahrer in Maria-Feld. Für das am 1. Okt. stattfindende Radfahrerfest in Maria-Feld sind die Radfahrer zur Vorbereitung der mehreren Tausende Langzeitler Karl Helm und dessen Schwester gewonnen.

Büdo für alle Schuhe

Wartehalle für bei Inbetriebnahme auf genau fünftausendhundert Mark stellen dürfte.

„Das ist doch Wahnsinn“, erklärte der Bürgermeister, „wenn eine neue Wartehalle nur zweitausendhundert kosten soll.“ Der Baumeister nickte. „Es ist bedauerlich. Aber da die Errichtung bestimmt wurde, Ihr Bauhaushalt erschöpft ist, während die für Umbauten noch genügend Mittel besitzen, wird Ihnen wohl nichts anderes übrig bleiben, als den Umbau der Restaurationsveranda zur Wartehalle zu bewilligen.“

Und so geschah es. — Auf diese Weise erhielt die bedürftige Behörde eine nicht sonderlich zweckmäßig umgebaute Wartehalle für fünftausendhundert Mark, während eine nach den neuesten Erfahrungen zweckdienlich errichtete neue Wartehalle nur zweitausendhundert Mark gekostet hätte.

Siehe, das ist eine wahre Weisheit.

© Heidelberger Stadttheater. Hält man sich vor Augen, daß Heidelberg jetzt ein Pachttheater hat, daß also die Ansprüche gegen früher zurückgegriffen werden müssen, deutet man ferner daran, daß Leharz „Land des Sächsischen“ einen wirklichen Tenor verlangt, den das unter Stadttheater nicht leisten kann, so kann man mit der Aufführung dieser Operette als erster dieser Spielzeit ganz zufrieden sein. Vor allem scheint die Theaterleitung mit dem musikalischen Ernst J. Topik und dem Gesangsleiter (Arnold Juhn) zwei gute Kräfte anzuhaben. Musikalisch hat die Sache Klang und Flair, die Regie zeigt Geschmack und Phantasie. Ein Urteil über die neuen Operentkräfte bleibt einer späteren Zeit vorbehalten, wenn sich das spürbare Premierenfever gelegt hat.

© Restaurationswechsel in Heidelberg. Mit dem gekündigten Tage sind die Amtsgeschäfte des Leiters der Universität von dem bisherigen Rektor Prof. Gottlich an den neuernannten Rektor Prof. Karl Meißner übergegangen. — Rektor Prof. Meißner wirkte seit 1921 an der Universität Heidelberg als ordentlicher Professor für Klassische Philologie. Er ist 1880 in Leipzig geboren, habilitierte sich dort 1906, kam 1924 als Ordinarius nach Heidelberg und wurde dort hiesiger Rektor.

Der Etat

Ein Zeitbild von Jo Hanns Adler

Die behutsame Behörde rechnete und rechnete.

„Aber der Bau wurde doch bewilligt?“

„Bewilligt wurde er“, nickte der Bürgermeister, „sogar einstimmig. Die Notwendigkeit einer Straßenbahnwartehalle am Bützener Weg ist offensichtlich. Aber wir haben in unserem Haushaltsetat nur dreihunderttausend Mark für Neubauten angesetzt, und dieser Betrag ist bis zum letzten Pfennig aufgebraucht. Wie hoch, Herr Baumeister, berechneten Sie die Baukosten?“

„Zweitausendhundert Mark.“

„Das ist die endgültige Summe?“

„Ja. Die Kosten für eine moderne neue Straßenbahnwartehalle belaufen sich bis zur dreifachfertigen Uebergabe auf genau zweitausendhundert Mark.“

Der Bürgermeister suchte die Schultern. „Es müßte alles nicht. Wir haben den Betrag nicht zur Verfügung. Und wenn auch die Stadtverordneten in jeder Sitzung nach so drängen, ich bin an meinen Etat gebunden. Vielleicht vertragen wir für heute den Fall, Herr Baumeister, und finden inzwischen eine andere Lösung.“

„Sechz Tage später fand eine neue Sitzung statt. Der Bürgermeister behauptete: „Wir haben den Fall nach allen Seiten erwogen. Es ist mir unmöglich, Ihnen den Auftrag zum Bau einer neuen Straßenbahnwartehalle zu geben.“

„Ich habe dies bereits vorausgesehen“, nickte der Baumeister. „Ich kann Ihnen daher heute einen neuen Vorschlag unterbreiten. Wie ich mich erkundigt habe, sind wohl Ihre Mittel für Neubauten erschöpft, aber Sie haben noch genügend Gelder für Umbauten zur Verfügung.“

„Die einzelnen Posten sind nicht übertragbar.“

„Auch das weiß ich. Aber an der Stelle, wo wir die Wartehalle errichten wollten, befindet sich ein Gasthof. Dieser hat eine geschlossene, für sich stehende Felsenveranda. Ich habe nun mit dem Besitzer gesprochen, und er würde bereit sein, diese Veranda gegen eine Abfindung zu überlassen.“

„In welcher Höhe?“

„Er verlangt zweitausend Mark.“

„Und Sie würden den zweifachen Umbau übernehmen?“

„Ja. Es sind zwar einige bautechnische Schwierigkeiten vorhanden, aber ich habe bereits die Zeichnungen und Entwürfe mitgebracht.“

„Wie hoch würden sich die Umbaufkosten stellen?“

Der weltberühmte Welfenschag ist in Berlin ausgestellt



Ein Prachtstück des Welfenschag; die berühmte Ruppelreliquie

„Zweitausendhundert Mark. Herr Bürgermeister.“

„Da ist die Abfindung inbegriffen?“

„Nein, nicht. Die käme noch dazu, so daß die

Wir betrauern tief den Verlust des Herrn

Geheimer Kommerzienrat

Dr. h. c. Fritz Artmann

Generaldirektor der Ludwigshafener Walzmühle A. G.

Als Mitglied des Aufsichtsrats der uns angeschlossenen Südwestdeutschen Versicherungs-Aktiengesellschaft hat er unseren Bestrebungen stets ein warmes Interesse gewidmet...

Köln, den 30. September 1930.

Gerling-Konzern

Der Aufsichtsrat: Dr. H. R. von Langen, Vorsitzender. Der Vorstand: Robert Gerling.

MOBEL-SONDER-VERKAUF Rudolf Landes MANNHEIM nur Qu 5, 4

Amtl. Veröffentlichungen der Stadt Mannheim. Wir erlauben um Zahlung der Gebühren...

Vermischtes. Kaufe. Obstfeld. Pianoforte.

Fabrik-Sonder-Angebot. Tafel-Silber-Bestecke. Warum nervös? Stärkenden Schlaf...

Offene Stellen

Werbekräfte an die Front! Hier gibt's Arbeit, die sich lohnt. An Großbanken angelernte sachliche Bausparkasse...

Vermietungen

Villa, vordere Oststadt, zu vermieten. Zwei Lagerräume. Laden. Große 6-Zimmerwohnung. Neubau-Wohnungen.

Stellen-Gesuche

Mädchen. Jüngere Korkoristin. Schneiderin.

Miet-Gesuche

Mehrere gut möblierte Zimmer per sofort gesucht.

Stellen-Gesuche

Chauffeur. Kell. Lager zu verm.

Kauf-Gesuche

Milch- od. Kolonialwarengeschäft. Piano. Schaukasten. Jagdhund.

Stellen-Gesuche

Verkaufserin. Fräulein.

Hypotheken

10000 Mk. Grundl. Unterricht in Violine.

Stellen-Gesuche

Zimmermädchen.

Hypotheken

Einwachs-Apparate. Tausendfach bewährt.

Stellen-Gesuche

Zimmermädchen.

Hypotheken

Einwachs-Apparate. Tausendfach bewährt.

Schreiber

Boll. Vollerlinge. Frische Süßklingel. Holl. Bückinge. Bismarckheringe. Ochsennauksalat. Neue Salz- und Essigpurken. Gapern. Feinste Mayonnaise.

Schreiber

Immobilien. Haus. Hypotheken.

Schreiber

Immobilien. Haus. Hypotheken.

Schreiber

Immobilien. Haus. Hypotheken.

Schreiber

Immobilien. Haus. Hypotheken.

